



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

külz
WILHELM KÜLZ
STIFTUNG

LIBERALER DREILÄNDERDIALOG TSCHECHIEN, POLEN, DEUTSCHLAND



Perspektiven der regionalen Zusammenarbeit:
Energiepolitik

FOKUS

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Mitteleuropa und Baltische Staaten
Jugoslávská 620/29
CZ-120 00 Praha

📧/fnf-europe.org/prague

📘/fnf.europew

📺/fnfeurope

Autoren

Václav Hrabák, Prof. Dr. Martin Neumann MdB, Marek Szolc

Redaktion

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Wilhelm-Külz-Stiftung

Produktion

COMDOK GmbH
Eifelstraße 14
D-53757 Sankt Augustin

Kontakt

Telefon +420 267 312 227
E-Mail fnf-prag@freiheit.org

Stand

Dezember 2020

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Titelbild: Blick auf Windturbinen in der Nähe von Hrádek nad Nisou.
Im Hintergrund sieht man das Kohlekraftwerk Turów
Quelle: [Pyty / Shutterstock.com](https://www.pyty.com)

Inhalt

| | |
|----------------|----------|
| VORWORT | 5 |
|----------------|----------|

| | |
|--|----------|
| ENERGIEWIRTSCHAFT: DREI LÄNDER – DREI ANSÄTZE | 6 |
|--|----------|

(VÁCLAV HRABÁK)

| | |
|---|----|
| Tschechien | 6 |
| Deutschland | 8 |
| Polen | 9 |
| Kooperation als Schlüssel zur Erreichung der Klimaneutralität | 10 |

| | |
|--|-----------|
| ENERGIEPOLITIK IM DREILÄNDERECK AUS DER SICHT VON SACHSEN | 14 |
|--|-----------|

(MARTIN NEUMANN)

| | |
|--|----|
| Die Bedeutung von Kohlestrom im Dreiländereck | 16 |
| Das Dreiländereck aus europäischer Perspektive | 17 |
| Potential des Wasserstoffs nutzen | 18 |

| | |
|---|-----------|
| VOM SCHWARZEN ZUM GRÜNEN DREIECK Die tschechisch-deutsch-polnische regionale Zusammenarbeit als Schlüssel zur grenzübergreifenden Energiewende | 20 |
|---|-----------|

(MAREK SZOLC)

| | |
|--|----|
| Globale Herausforderungen, nationale Hindernisse und lokale Möglichkeiten | 20 |
| Das Erbe der Kohle, eine sauberere Zukunft und der mühsame Weg dorthin | 21 |
| Regionale Zusammenarbeit – ein Ausweg aus der Klemme? | 23 |
| Fazit | 25 |

| | |
|----------------|-----------|
| AUTOREN | 26 |
|----------------|-----------|

Wir möchten uns bei unseren Partnern, dem Institute for Politics and Society (Tschechien) und Nowoczesna (Polen), für ihre Unterstützung und Mitarbeit bei der Realisierung des Publikationsprojektes herzlich bedanken.



.Nowoczesna

Vorwort

Das vereinte Europa muss von unten wachsen. Das gilt besonders für die unzähligen Grenzregionen in der EU. Hier ist Europa lebendig erfahrbar und sind seine Vorteile handfest greifbar. Nicht nur der Wegfall von Grenzbeschränkungen macht die Grenzregionen zum wahren Modell des Einigungsprozesses, sondern auch die unendliche Vielfalt aktiver Zusammenarbeit über die Grenzen hinaus. Europa lebt in den Grenzregionen nicht zuletzt auch aus dem Engagement der Bürger heraus.

Für Liberale ist die Verankerung Europas in den Regionen eine Kernfrage der Zukunft. Denn ohne sie hat Europa auch keine Zukunft. Deshalb haben die Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Prag und Leipzig zusammen mit der sächsischen Wilhelm-Külz-Stiftung die Zukunft der Grenzregion Deutschland-Polen-Tschechien auf ihre Agenda gesetzt. Gemeinsam mit dem polnischen Partner Nowoczesna und dem tschechischen Institut pro politiku a společnost (Institut für Gesellschaft und Politik) werden wir zusammen mit Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf Veranstaltungen und in Publikationen über Perspektiven dieser spannenden Region entwickeln.

Was Sie hier in den Händen halten, ist eine von drei Publikationen. Sie widmen sich den Brennpunkthemen Verkehrspolitik, Energieversorgung und Tourismus.

In allen drei Politikfeldern hat sich bereits gezeigt: Das Dreiländereck Sachsen-Polen-Tschechien liefert schon viele Beispiele gelungener Zusammenarbeit. Aber es handelt sich auch um eine teilweise recht strukturschwache Region, die von einer noch weiter verstärkten grenzübergreifenden Kooperation enorm profitieren kann. Es gilt, die Potentiale der Region zu entwickeln. Daran wollen wir mitwirken.

Dr. Detmar Doering, Leiter des Büros Prag
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Ulrike Harzer, Geschäftsführerin
der Wilhelm-Külz-Stiftung, Dresden

Markus Müller, Lokaler Büroleiter
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Leipzig

Energiewirtschaft: Drei Länder – drei Ansätze

Václav Hrabák

Tschechien, Deutschland und Polen haben eine ähnliche Geschichte der Energieerzeugung, und zwar vor allem geprägt durch Kohle verbrennende Energiequellen. Sie haben auch das gleiche Ziel – in einem bestimmten Zeitraum die sogenannte Klimaneutralität zu erreichen. Zu diesem Ziel will jedes der Länder auf einem anderen Weg gelangen, und auch das Datum, an dem es erreicht werden soll, wird offenbar ein anderes sein. Das Hauptvorhaben – eine ausgeglichene Energiebilanz des Landes sicherzustellen – teilen sie jedoch gemeinsam.

Der folgende Text skizziert zuerst kurz die Energiewirtschaft in Tschechien, Deutschland und Polen und ihre geplante Entwicklung, und widmet sich anschließend der Bedeutung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit für den Übergang zu einer kohlenstoffneutralen Energiewirtschaft.

Tschechien

Der gegenwärtige Stand und auch die Zukunftsaussichten der tschechischen Energiewirtschaft sind in zwei Grunddokumenten festgelegt, und zwar im Staatlichen Energiekonzept (SEK)¹ und im Nationalen Energie- und Klimaplan². Letzterer wurde jedoch bisher von der Europäischen Union aufgrund seiner zu niedrigen Verpflichtung zur stärkeren Nutzung erneuerbarer Energieträger (EET) nicht genehmigt.

Tschechien geht von einer schrittweisen Verringerung der Energieerzeugung durch Kohle voraus, die praktisch bereits seit 2011 läuft. Zu einer grundlegenden Verringerung soll es jeweils in den Jahren 2023, 2034 und 2039 kommen. Kompensiert werden soll dieser Rückgang durch den bestehenden Energiemix mit einer schrittweisen Erhöhung der Stromerzeugung aus neuen Kernkraftwerken und auch aus neuen EET.

¹ Staatliches Energiekonzept 2015: <https://www.mpo.cz/dokument158059.html>

² Nationaler Energie- und Klimaplan: <https://www.mpo.cz/cz/energetika/strategicke-a-koncepcni-dokumenty/vnitrostatni-plan-ceske-republiky-v-oblasti-energetiky-a-klimatu--252016/>

Die Erfüllung der Verpflichtungen zu Energieeinsparungen durch Erhöhung der Energieeffizienz soll die benötigte Menge und Leistung der produzierten Energie verringern. Die Notwendigkeit dieses Vorgehens ist im SEK verankert, das für die staatlichen Verwaltungsorgane gesetzlich verbindlich ist. Leider steht die derzeitige Entwicklung nicht völlig in Einklang mit den im SEK vorgegebenen Zielen, und einige Teile des Konzepts werden nicht so erfüllt, wie es das Konzept verlangt.

Das geplante Wachstum erneuerbarer Energieträger bis 2030 wird gegenwärtig aus Sicht der Europäischen Kommission als unzureichend bewertet. Die Anforderungen der EU stehen damit offenbar in Widerspruch zu den realen Möglichkeiten der Tschechischen Republik. Es gelingt auch nicht, die Aufgaben im Energieeinsparungsbereich zu erfüllen. Wesentlich ist aber, dass die Aufrechterhaltung der Stromerzeugung der bestehenden Kernkraftwerke bis zum Zeitpunkt des geplanten Kohleausstiegs nicht sichergestellt sein muss. Einstweilen bereitet die Regierung die Genehmigung des Baus eines neuen Blocks im Kernkraftwerk Dukovany vor, dessen Leistung die der beiden bestehenden Blöcke ersetzen soll, deren Lizenz ausläuft. Mit der Inbetriebnahme dieses neuen Blocks wird im Jahr 2036 gerechnet. Die weitere erforderliche Erweiterung des Kernkraftwerks Temelín ist immer noch nur Gegenstand von Diskussionen. Dies und auch die vorgesehene Senkung des Abbaus von Kesselkohle können bereits um 2035 zu einer unausgewogenen Strombilanz führen.

Das Ungleichgewicht der Energiebilanz kann sich auch früher verschärfen, als das SEK vorhersieht, und zwar aufgrund eines möglichen Anstiegs der Preise der Emissionszertifikate und seiner negativen Auswirkung auf den weiteren, nach der SEK notwendigen Betrieb dieser Energiequellen. Als einzige mögliche Lösung zur Aufrechterhaltung der Energiebilanz des Landes kommt dann die Umstellung dieser Kraft- und Heizkraftwerke auf Erdgas in Betracht. Der eventuelle Anstieg der Energieerzeugung aus EET wird wahrscheinlich nicht genügen, um die möglichen Kapazitätsausfälle der stillgelegten Kohlekraftwerke und Kohleheizkraftwerke zu ersetzen. Die Gewährleistung der Energiebilanz des Landes wird in diesem Zeitraum offenbar eine sehr schwere Aufgabe, und zwar auch hinsichtlich des anzunehmenden Anstiegs des Stromverbrauchs. Negativ beeinflusst werden kann die tschechische Energiebilanz auch durch eine eventuelle Nichterfüllung der Verpflichtungen zur Senkung des Energieverbrauchs mittels einer höheren Energieeffizienz.

Ein besonderes Kapitel bleibt die Heizkraftwirtschaft, die zu einem bestimmten, eher kleineren Teil offenbar dezentralisiert wird, wobei die bestehenden Kohleenergiequellen wahrscheinlich auf Erdgas umgestellt werden. Eine Bedeutung für die Wärmeerzeugung könnten modulare Kernreaktoren haben, die vor allem in Gebieten, in denen die Kohleförderung beendet wird, an die bestehenden Wärme- und Stromnetze angeschlossen werden könnten. Die technische und gesetzliche Vorbereitung für die Nutzung modularer Reaktoren liegt jedoch praktisch bei null, daher wird aus zeitlichen Gründen offenbar nichts anderes übrigbleiben, als die Wärmeerzeugung auf Erdgas umzustellen.

Bei Umstellung eines Teils der tschechischen Energiewirtschaft von Kohle auf Gas muss man sich vergegenwärtigen, dass es sich um den Übergang auf einen gasförmigen fossilen Brennstoff handelt, durch dessen Verbrennung CO_2 und durch dessen Förderung Methan entsteht. Im Vergleich zur Kohle ist die Produktion von CO_2 -Emissionen bei Gas jedoch um etwa 50 % niedriger. Hinsichtlich des Ziels, die Klimaneutralität zu erreichen, handelt es sich also um eine Übergangslösung. Man muss auch daran denken, dass Erdgas ein Importartikel ist und es durch seinen höheren Verbrauch zu einer stärkeren Importabhängigkeit im Bereich der primären Energieträger kommen würde, was im Widerspruch zur bestehenden SEK stünde.

Deutschland

Deutschland traf vor einigen Jahren eine grundsätzlich, vor allem politische Entscheidung, laut der es bis 2022 zur Schließung aller Kernkraftwerke kommen soll. Die schrittweise stillgelegten Reaktorblöcke werden zur Aufrechterhaltung der Strombilanz für einen Übergangszeitraum durch Kohlekraftwerke ersetzt, die vor allem Steinkohle – sowohl aus heimischem Abbau als auch aus Importen – verbrennen. Deutschland wurde damit auch aufgrund der leistungsstarken Industrie und der steigenden Anzahl von Autos, die vor allem fossile flüssige Brennstoffe nutzen, zum größten CO_2 -Produzenten in Europa, und zwar trotz einer steigenden Energieerzeugung aus EET.

Ziel der deutschen Energiewirtschaft ist es, bis 2050 Klimaneutralität zu erzielen. Die Abstellung der Kraft- und Heizkraftwerke auf Basis von Kernenergie und Kohle macht seitens der Regierung eine Kompensation für die derzeitigen Eigentümer der stillgelegten Energiequellen, für die Förderunternehmen und die betroffenen

Regionen in Höhe von Dutzenden Milliarden Euro erforderlich. Die Klimaneutralität will die Regierung im Jahr 2050 durch einen Energiemix erreichen, der zu 80 % aus EET und zu 20 % aus importiertem Erdgas bestehen soll. Um die benötigte Menge an Erdgas sicherzustellen, wird zurzeit die Gasleitung Nord Stream 2 gebaut, die aus Russland unter der Ostsee bis nach Deutschland führt.

In der Frage des Hauptpfeilers des Energiemix, also der EET, zeigt die bisherige Entwicklung, dass es trotz aller erreichten Ergebnisse (mehr als 40 % Anteil der EET an der gesamten Stromproduktion) nicht gelingt, die festgelegten Ziele zu erreichen. In Zukunft sind die unsicheren und schwer vorhersehbaren Klimaänderungen in Betracht zu ziehen, bei denen der Wind für die Stromproduktion nicht mit der erforderlichen Intensität weht. Das gleiche Problem betrifft auch die Sonnenintensität, die für die Stromerzeugung in Solaranlagen (PVA) notwendig ist. Solche Zustände können auch mehrere Tage oder Wochen andauern, und ohne ausreichende Reservekapazität kann es zu einer wesentlichen Störung der Energiebilanz des Landes und zu bestimmten Problemen im Rahmen der Energiewirtschaft der Union kommen.

Ein bestimmtes Problem des künftigen Energiemix könnte auch dann eintreten, wenn aus politischen Gründen die Pipeline Nord Stream 2 nicht fertig gestellt würde, was derzeit eine heftig diskutierte Frage ist.

Deutschland wird ebenso wie Tschechien und Polen grundlegende Änderungen der Stromnetze und des Steuersystems der gesamten Energiewirtschaft vornehmen müssen. Diese Maßnahmen erfordern eine verhältnismäßig langwierige Umsetzung und auch beträchtliche finanzielle Aufwendungen.

Ob der Weg, den Deutschland beschreitet, der richtige ist und Deutschland in gewisser Weise zum Führer für die übrigen Staaten wird, werden wir bereits 2022 beurteilen können, wenn alle Kernkraftwerke vom Netz genommen werden sollen, sowie 2038, wenn auch die Kohlekraftwerke stillgelegt werden sollen.

Polen

Die Stromerzeugung in Polen erfolgt zu 80 % in Kraftwerken, die Stein- und Braunkohle verbrennen. Die restliche erforderliche Strommenge wird durch Erdgas, Windparks, Pumpspeicherwerke und die Nutzung von Biomasse abgedeckt.

Die Notwendigkeit einer Umstrukturierung der polnischen Energiewirtschaft ergibt sich nicht nur aus den Unionsverpflichtungen zur grundlegenden Verringerung des CO₂-Ausstoßes, sondern auch aus dem anzunehmenden steigenden Stromverbrauch aufgrund des weiteren Aufschwungs der polnischen Wirtschaft. Diese notwendigen Änderungen werden eine Gelegenheit sowohl für Investoren als auch zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sein.

Im Hinblick auf die Entwicklung der polnischen Wirtschaft wird damit gerechnet, dass sich der Energieverbrauch bis 2030 um 20 bis 25 % erhöht, was die vorhandenen, wenn auch schrittweise modernisierten Kraftwerke nicht mehr werden abdecken können. Polen wird sich also auf eine Änderung seines Energiemix orientieren. Ziel ist es, den Anteil an Kesselkohle vom derzeitigen Stand auf 30 % zu verringern, den Anteil an EET auf 21 % zu erhöhen und den Rest der Energiebilanz vor allem durch den Bau von Kernkraftwerken abzudecken. Es wird davon ausgegangen, dass bis zum Jahr 2043 bis zu 9 GW Kernkraftkapazitäten in Betrieb genommen werden, was sechs großen Reaktorblöcken entspricht.

Die Verpflichtung, bis 2050 die Klimaneutralität zu erzielen, wie es die EU verlangt, erweist sich für Polen als schwer erfüllbare Aufgabe, und dieser Termin wird daher für das Land offenbar verlängert werden.

Polen wird damit an die Erfahrungen von Ländern wie Frankreich und Schweden anknüpfen, wo der Energiemix vor allem auf einer Kombination aus Kernenergie und EET beruht. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es derzeit keine bessere Kombination gibt, wenn wir den CO₂-Ausstoß stark verringern und gleichzeitig die Stabilisierung der Energielieferungen sicherstellen wollen.

Kooperation als Schlüssel zur Erreichung der Klimaneutralität

Wie sich aus der oben angegebenen Übersicht ergibt, haben Tschechien, Deutschland und Polen eine gemeinsame energiewirtschaftliche Vergangenheit und zum großen Teil auch eine ebensolche Gegenwart. Sie verbindet das gemeinsame Ziel, in der festgelegten Frist die sog. Klimaneutralität zu erreichen, obgleich sich die avisierten Wege zu seiner Erreichung unterscheiden.

Als ausschlaggebend kann sich in diesem Zusammenhang gerade die Zusammenarbeit im Bereich des tschechisch-deutsch-polnischen Dreiländerecks erweisen, also in einer Region, die vor 1989 infolge der großen Konzentration von

Wärme- und Kohlekraftwerken zu den größten Luftverschmutzern in Europa gehörte. Obgleich sich die Lage in der Region, die früher als „schwarzes Dreieck“ bezeichnet wurde, in den letzten drei Jahrzehnten verbessert hat, bringt die Aufrechterhaltung der Energieerzeugung aus Kohle in der Übergangsperiode noch immer negative Einflüsse auf die Umwelt aller drei Staaten mit sich.

Im Gebiet des Tagebaus Turów im polnischen Teil des Dreiländerecks handelt es sich neben dem Ausstoß der durch die Kohleverbrennung entstehenden Gase z.B. auch um das Entstehen möglicher Probleme mit den Wasservorräten in der Grenzregion von Tschechien, die durch den eventuellen weiteren Abbau beeinträchtigt werden können. Aufgrund der geplanten Erweiterung dieses Braunkohletagebaus reichten die tschechischen Behörden bei der Europäischen Kommission eine Initiative ein, in der sie sich darüber beklagen, dass Polen es wiederholt ablehnte, Informationen über die bis 2026 erteilte Abbaugenehmigung mitzuteilen, und es Tschechien nicht ermöglichte, am Genehmigungsverfahren für die Abbautätigkeit in dieser Lagerstätte bis 2044 teilzunehmen. Die tschechische Seite wirft Polen vor, dass es seine Pläne nicht ausreichend mit den Nachbarländern konsultiert hat und trotz ihrer Einwände die Abbaukonzession der Gesellschaft PGE, die sonst im April 2020 abgelaufen wäre, um sechs Jahre verlängert hat. Polen bestreitet jedoch jeden wesentlichen Einfluss des Tagebaus auf tschechischem Gebiet.

Proteste gegen die Erweiterung des polnischen Kohletagebaus Turów im tschechisch-deutsch-polnischen Dreiländereck



Quelle: imago-images.de / 0091016118h

Die aktuelle Diskussion, die die Erweiterung des polnischen Braunkohlentagebaus zum Gegenstand hat, macht auch die Bedeutung des zwischenstaatlichen Dialogs deutlich, in den die lokalen Behörden und Institutionen eingebunden werden müssen. Ziel der regionalen Zusammenarbeit sollte die gemeinsame Suche nach einem Weg zum Übergang auf eine Energiewirtschaft mit niedriger CO₂-Bilanz sein, die keine negativen Auswirkungen auf die Nachbarländer haben wird.

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit könnte somit den Zugang zu den notwendigen finanziellen Mitteln aus EU-Fonds erleichtern, die für die kostspielige Umstellung der Energiewirtschaft notwendig sind. Es wird sich dabei nicht nur um die finanzielle Absicherung der Investitionen handeln, sondern auch um die Aufteilung beträchtlicher finanzieller Mittel für die Umstrukturierung der betroffenen Regionen.

Die Möglichkeit, Kesselkohle einzusetzen, bis für Ersatzenergie gesorgt ist, wird direkt mit dem eventuellen Preisanstieg der Emissionszertifikate verbunden sein. Dies wird sicher ein wichtiges Thema in der Zusammenarbeit vor allem für Polen und Tschechien sein, die keine so starke Wirtschaft wie Deutschland haben.

Von großer Bedeutung wird die Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Technik sein. Die Erreichung so anspruchsvoller Ziele ist ohne Nutzung neuer Technologien praktisch unmöglich. Es handelt sich zum Beispiel um Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffemissionen der Energiequellen, zur Senkung der Energieverluste in den Verteilnetzen, zur Reduzierung des Energieverbrauchs durch Erhöhung der Energieeffizienz, zur Energiespeicherung, sowie um neue Technologien bei der Kernkraft, um die CO₂-Speicherung oder die energetische Nutzung von Haushaltsabfällen.

Die Umstrukturierung der Energiewirtschaft in Zusammenhang mit dem Kohleausstieg führt zum Verlust einer großen Anzahl an Arbeitsplätzen in den Regionen, deren Wirtschaft stark mit dem Kohleabbau und der Schwerindustrie verbunden ist. Im deutschen Teil des Dreiländerecks wird dieses Problem vor allem die Braunkohleregion Lausitz betreffen, wo heute im Tagebau rund achttausend Menschen beschäftigt sind.³ In Tschechien ist die Frage der Arbeitslosigkeit insbesondere im Bezirk Ústí sehr sensibel, der langfristig zu den Regionen mit der

³ <https://euractiv.cz/section/energetika/news/nemecko-uz-vi-kdy-skonci-s-uhlim-v-cesku-se-klicova-debata-teprve-rozebiha/>

höchsten Arbeitslosigkeit gehört. Die freigesetzten Arbeitskräfte werden auf neue Berufe vorbereitet werden müssen, was mit schwierigen Aufgaben für das Schulwesen und die Weiterbildungs- und Umschulungssysteme verbunden ist. Ein gemeinsames Vorgehen in dieser Frage kann zu schnelleren und besseren Ergebnissen führen.

Mit der Schließung des Tagebaus werden Fragen ihrer Rekultivierung und weiteren Nutzung verbunden sein. Im Hinblick auf die Lage des Tagebaus in der Nähe der tschechisch-deutsch-polnischen Grenzen muss auch hier die regionale Zusammenarbeit eine wichtige Rolle spielen.

Wert sollte auch darauf gelegt werden, dass die Frage der Umstrukturierung der Energiewirtschaft in Sachen Aufrechterhaltung der Energiebilanz der einzelnen Länder mithilfe gegenseitiger Übertragungskapazitäten und selbstverständlich auch Energiequellen gemeinsam gelöst wird.

Die von der EU festgelegten ambitionierten Ziele sollten dabei die Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedsstaaten berücksichtigen. Nicht jeder Staat verfügt über die notwendigen Bedingungen für grüne Energie, wie zum Beispiel die skandinavischen Länder, Österreich oder Deutschland. Infolge des weiteren Ausbaus instabiler Energiequellen wird es notwendig sein, die Energielieferungen ins Netz auch in der Zeit zu gewährleisten, in der Wind und Sonne nicht ausreichen und in der die notwendige Energiemenge nicht mehr in Batteriespeichern zur Verfügung stehen wird. Zur Stabilisierung des Energienetzes kann die Kernenergie eine wichtige Rolle spielen, die im Energiemix Tschechiens und Polens, aber auch weiterer Staaten der Union einen hohen Stellenwert einnehmen wird.

Die Energiewirtschaft ist die Grundlage jeder zivilisierten Gesellschaft. Ihr Niveau und ihre ökonomische Erschwinglichkeit beeinflussen somit direkt die übrigen Lebenskomponenten der ganzen Gesellschaft und schaffen die Voraussetzungen für deren wirtschaftliches Wachstum und damit auch für eine Erhöhung des Lebensstandards der Einwohner.

Energiepolitik im Dreiländereck aus der Sicht von Sachsen

Martin Neumann

Sachsen trägt als moderner Energiestandort entscheidend zur Versorgungssicherheit von Deutschland bei. Dabei setzt der Freistaat vor allem auf die konsequente Steigerung der Effizienz bei der Erzeugung, dem Transport und der Nutzung von Energie. Überdies treibt er die Entwicklung und Anwendung einer breiten Palette wirtschaftlich nutzbarer Energieträger voran. Zu diesen gehören die heimische Braunkohle genauso wie die erneuerbaren Energien. Auch der Ausbau von Forschung und Entwicklung der Energietechnologien zählt zu den politischen Vorhaben, die den Energiewirtschaftsstandort Sachsen stärken sollen.

Blick auf das Kohlekraftwerk Boxberg vom Lausitzer Findlingspark Nochten, Deutschland



Quelle: Michael Zech Fotografie / Shutterstock.com

In Sachsen wird die Stromerzeugung heute besonders von der heimischen Braunkohle dominiert, die auch zur Fernwärmeversorgung eingesetzt wird. Ein weiterer wichtiger Energieträger ist Heizöl für die Gebäudeheizung und für Industrieprozesse. Benzin, Diesel und Kerosin werden im Verkehr verwendet, Erdgas für die Stromerzeugung, die Gebäudeheizung und ebenso für Industrieprozesse. Dabei muss man sich die konkreten Zahlen vor Augen führen, um die Gewichtung beurteilen zu können: 2017 lag der Anteil der Braunkohle an der Bruttostromerzeugung in Sachsen bei etwa 75 Prozent. Erneuerbare Energien machten dagegen nur rund 14 Prozent aus und spielten damit eine untergeordnete Rolle, ebenso wie Erdgas, das knapp zehn Prozent zur Bruttostromerzeugung beitrug. Der Energieträger Braunkohle beschäftigt im Jahr 2020 in dieser Region insgesamt gut 32.000 Arbeitnehmer (8.000 direkt und 16.000 indirekt). Die Wertschöpfung lag im Jahr 2017 bei rund 2,5 Milliarden Euro. An diesen Zahlen wird deutlich, dass der Freistaat Sachsen wie kaum ein anderes Bundesland von der Braunkohle geprägt ist. Daran hat sich auch in den Jahren seit 2017 nicht signifikant viel geändert.

Der jetzt auf Empfehlung der Kommission *Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung* vom Januar 2019 beschlossene Kohleausstieg bis spätestens 2038 wird auch an Sachsen nicht spurlos vorübergehen. Um den bevorstehenden Strukturwandel anzugehen, soll der Freistaat knapp 10,1 Milliarden Euro für Projekte in den Regionen erhalten – Geld, das zwar dringend nötig ist, aber nicht verhindern wird, dass gut 32.000 Arbeitsplätze wegfallen. So sollen die Mittel vor allem dafür genutzt werden, die Infrastruktur in Sachsen auszubauen und die Region besser anzubinden. Der Bund hat sich zudem verpflichtet, in der Region 5.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu ist die Ansiedlung von Bundesbehörden geplant – Zahlen und Vorhaben, die vermuten lassen, dass der Strukturwandel auf diese Weise verpufft, statt nachhaltiger Maßnahmen, die bei Bürgern und Unternehmen in der Region ankommen. Es ist fast schon illusorisch zu denken, dass von heute auf morgen auf der grünen Wiese neue Arbeitsplätze entstehen, die dauerhaft Bestand haben. Dafür sind die bisherigen staatlichen Subventionen nicht nachhaltig genug. Es bedarf vielmehr eines signifikanten Beitrags zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Kohleregionen.

Allein durch die Ansiedlung von Behörden, den Ausbau der Infrastruktur und staatlich gelenkte Maßnahmen wird der Strukturwandel nicht gelingen können. Was die Kohleregionen wirklich brauchen, sind neue Unternehmensansiedlungen und Wachstumsimpulse für bestehende Unternehmen und hochwertige Arbeitsplätze. Deshalb sollte es in den Kohleregionen Experimentierräume für Innovation geben, in denen sich Gründerzentren, Start-ups, Spin-offs und innovative

Mittelständler in Zusammenarbeit mit Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Transferzentren und zivilgesellschaftlichen Organisationen entfalten. In solchen Sonderwirtschaftsregionen – wir bezeichnen sie als „Freiheitszonen“ – müssen andere regulatorische Freiheiten und steuerliche Bestimmungen gelten als üblich. Außerdem sollte es dort möglich sein, innovative Produkte und Dienstleistungen in sogenannten Reallaboren zu testen, also unter realen Bedingungen. Und was sich hier bewährt, kann auch im Rest des Bundesgebietes zum Einsatz kommen. Das erforderliche Kapital kann durch Zusammenschlüsse regionaler Unternehmen, Stiftungen und Geldinstitute, aber auch von der Privatwirtschaft bereitgestellt werden.

Der Erfolg des eingeschlagenen Weges wird auch von der Akzeptanz der Bürger und Unternehmen abhängen. Umso wichtiger ist es, dass Energiepolitik verlässliche Rahmenbedingungen für den Umbau schafft, die auch künftig eine sichere, bezahlbare und ökologische Bereitstellung von Energie ermöglichen. Sachsen setzt dabei klar auf marktwirtschaftliche Elemente und Wettbewerb.

Die Bedeutung von Kohlestrom im Dreiländereck

Auch wenn der jetzt beschlossene Ausstieg aus der Kohleförderung prinzipiell richtig ist – die Art und Weise ist dennoch energiepolitisch und vor allem aus ökonomischer Sicht verkehrt. Kein Unternehmen würde heutzutage noch in ein neues Kohlekraftwerk investieren. Es gibt auch keinerlei ernsthafte Pläne für neue Tagebaue. Der politisch verordnete Ausstieg ist aus diesem Grund reine Symbolpolitik. Zielführender ist ein umfassender europäischer Emissionshandel, damit die Pariser Klimaziele in der Energiewirtschaft erreicht werden. Steigende Zertifikatpreise sorgen auf marktwirtschaftliche Weise dafür, dass klimaschädliche Energieträger zunehmend unrentabel werden. Das entbindet uns nicht von der Verantwortung, als wirtschaftlich starkes Land einen angemessenen Beitrag zu leisten.

Statt nationaler Alleingänge gilt es jetzt, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft in den EU-Emissionshandel einzubeziehen und ganzheitlich über alle Sektoren hinweg zu denken. Denn für die globale CO₂-Bilanz ist es egal, an welcher Stelle Treibhausgase entstehen. Vor allem wenn man bedenkt, dass nur wenige Kilometer entfernt, im Dreiländereck auf der polnischen Seite, der Tagebau Turów angesiedelt ist. Das gleichnamige Kraftwerk wird mit dessen abgebauter Braunkohle versorgt. Etwa acht Prozent des polnischen Stroms stammen aus diesem

Kraftwerk – ein nicht unumstrittenes Projekt, das erst unlängst um sechs weitere Jahre verlängert worden ist. Der Energiekonzern PGE ist bestrebt, den Tagebau noch 25 weitere Jahre zu nutzen. Doch die Probleme bleiben: Bei einem Weiterbetrieb von Turów bis 2044 würden die Bagger näher an Tschechien heranrücken. Zudem macht eine kürzlich vorgestellte Grundwasserstudie deutlich, dass ein erweiterter Tagebau im Dreiländereck den Grundwasserspiegel in den tieferen Schichten um 20 Meter senken würde. Das sorgt nicht nur bei den sonst durchaus engen tschechisch-polnischen Beziehungen für Spannungen, sondern auch in Sachsen.

Das Kraftwerk, das 1962 in Betrieb ging, ist heute das drittgrößte Polens und versorgt bis zu 2,3 Millionen Haushalte mit elektrischem Strom. Geplant ist die Errichtung eines neuen Kraftwerksblocks, was dazu führen würde, dass eine weitere Million Haushalte versorgt werden könnte. Traditionell spielen Stein- und Braunkohle in Polen eine wichtige Rolle; sie erzeugen rund drei Viertel des Stroms. Nirgendwo sonst in der EU ist der Anteil der Kohle am Energiemix so hoch. Bis zum Jahr 2030 soll der Anteil zwar auf 60 Prozent und 2040 um weitere 30 Prozent sinken; die Kohle bliebe damit aber immer noch der Hauptenergielieferant. Obgleich sowohl der Energiekonzern PGE als auch die polnische Regierung bereits jetzt wissen, dass die Stromerzeugung aus Braunkohle immer unrentabler wird, soll erst 2049 auch in Polen mit dem Kohleabbau endgültig Schluss sein. Die Gründe dafür sind ähnlich wie in Deutschland. Es bedarf grundlastfähiger Kraftwerke oder nennenswerter Ersatzkapazitäten, um die Energie für die oben erwähnten 3,3 Millionen Haushalte bereitzustellen.

Das Dreiländereck aus europäischer Perspektive

Kooperationen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Dreiländereck zwischen Tschechien, Deutschland und Polen können an dieser Stelle Abhilfe schaffen, denn nationale Konzepte in der Euroregion haben durch die geographische Nähe ganz selbstverständlich Berührungspunkte. Dessen ungeachtet hat natürlich jedes Land das Recht, seine Energiepolitik selbst zu bestimmen. Und tatsächlich unterscheiden sich die energiepolitischen Vorgehensweisen voneinander, können dabei jedoch auch Auswirkungen auf die Nachbarländer haben. Die räumliche Nähe der Akteure schafft aber auch gute Voraussetzungen für gemeinsame Lösungsansätze beispielsweise bei Energieeffizienz, Energieeinsparung und Weiterentwicklung neuer Technologien. Auf diese Weise kann die Umsetzung der europäischen Vorgaben erleichtert werden.

Ob nun in Tschechien, Polen oder Deutschland: Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit spielen stets die entscheidende Rolle. Der in Deutschland beschlossene Kohleausstieg sieht bis 2030 die Abschaltung von 29 Gigawatt Kohlekapazitäten und bis 2038 von weiteren 17 Gigawatt vor. In den nächsten zehn Jahren gehen damit im Zuge des Atom- und Kohleausstiegs rund 43 Prozent der gesamten gesicherten Leistung des Jahres 2018 vom Netz. Ohne ausgleichende Maßnahmen ist deshalb die Versorgungssicherheit in Deutschland gefährdet. Bis 2030 sind aller Voraussicht nach zusätzliche Kapazitäten von 17 Gigawatt erforderlich, um die Stilllegungen zu kompensieren sowie Schwankungen bei erneuerbarer Energie auszugleichen und Spitzenlasten bei erhöhter Energienachfrage abzufedern. Engpässe müssten dann vermehrt durch den Import von Strom aus den Nachbarländern gedeckt werden.

Aus diesem Grund bedarf es in Zukunft statt der bisherigen nationalen Alleingänge der Mitgliedsstaaten der EU einer stärkeren europäischen Zusammenarbeit und einer Harmonisierung der Energiepolitik. Bis 2050 will die EU klimaneutral werden; der Weg dorthin soll über den *Green Deal* führen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste ein großer Teil der Emissionen vermieden werden, die durch fossile Brennstoffe wie Öl, Kohle oder Erdgas entstehen. Soll die durch diese Energieträger vorgehaltene Regelleistung, die bei unvorhergesehenen Ereignissen Versorgungssicherheit garantiert, abgeschaltet werden, muss entsprechend fiskalischer Druck erzeugt werden, um mögliche Ersatzkapazitäten aufzubauen. Vor diesem Hintergrund kann die einseitige Förderung von volatilen Technologien wie Wind- und Solarenergie allerdings keine ganzheitliche und zukunftsfähige Strategie sein.

Potential des Wasserstoffs nutzen

Die EU will Regionen, in denen sich die Umstellung auf die Klimaneutralität schwieriger gestaltet, mit bis zu 100 Milliarden Euro unterstützen. Das betrifft Gebiete wie Polen, die besonders von fossilen Brennstoffen abhängig sind. Das Ziel muss es sein, eine Art europäischen Gleichschritt im Energiebereich zu schaffen, wobei die Potenziale der einzelnen Regionen im Dreiländereck nicht vernachlässigt, sondern vielmehr zielgerichtet gefördert werden. Die entsprechenden Maßnahmen im Zuge des europäischen *Green Deals* sollten immer mit der aktiven Reduktion von CO₂ einhergehen, wobei auch die Akzeptanz der Bürger nicht außer Acht gelassen werden darf. Konkret macht sich diese komplexe Interessenlage also an drei zentralen Zielen fest: Versorgungssicherheit, Ökologie und Wettbewerbsfähigkeit. Zugleich können auch eine stärkere Technologieoffenheit und Innovatio-

nen im Energiesektor für Entlastung und CO₂-Reduktion sorgen. Eine Möglichkeit wäre, Innovationsausschreibungen stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Sie sollten durch einen Bonus für Unternehmen erweitert werden, die sich zu einer Gewährleistung der Versorgungssicherheit verpflichten. Außerdem müssen wir jetzt beginnen, den Import klimaneutraler Gase und Kraftstoffe voranzutreiben; denn Wasserstoff kann fossile Brennstoffe in der Industrie ersetzen, Gebäude heizen und in Brennstoffzellen Autos antreiben. Sonnen- und windreiche Regionen in unserer Nachbarschaft bieten viel Potential, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe auf der Basis von erneuerbarem Strom herzustellen. So könnte Wasserstoff zum Erdöl des 21. Jahrhunderts werden und für eine spürbare CO₂-Reduktion und die Einhaltung der Klimaschutzziele der EU sorgen. Und hier liegt einer der Schlüssel für die Energiepolitik von morgen: Will Sachsen auch in Zukunft seinen Ruf als modernen Energiestandort verteidigen, wird es das Potential, das in den neuen Technologien liegt, gemeinsam mit seinen Nachbarn Polen und Tschechien ausschöpfen müssen. Hier beginnt also gleichsam der Zukunftspfad für die Energieversorgung – europäisch, ökologisch, technologieoffen.

Vom Schwarzen zum Grünen Dreieck – Die tschechisch-deutsch-polnische regionale Zusammenarbeit als Schlüssel zur grenzübergreifenden Energiewende

Marek Szolc

Polen, Deutschland und Tschechien – drei Länder, die bei der Stromerzeugung weitgehend von Kohle abhängig sind – stehen vor enormen Herausforderungen: der Energiewende im speziellen und dem ökologischen Wandel im allgemeinen. Der Wechsel der Entwicklungsparadigmen ist an der Grenze der drei Länder deutlich erkennbar. Die Grenzregion, die einst ein stark verschmutztes Industriezentrum war und nach wie vor eine wichtige Rolle bei der Energieerzeugung spielt, kann sich die Chancen der Klimapolitik zunutze machen. Eine tiefere grenzübergreifende Zusammenarbeit kann der Schlüssel zu einer gerechten Umgestaltung dieses Gebiets sein, das mit einem schwierigen Erbe zu kämpfen hat.

Globale Herausforderungen, nationale Hindernisse und lokale Möglichkeiten

Die Dekarbonisierung der Wirtschaft und insbesondere des Energiesektors ist sicherlich die ehrgeizigste und dringendste Herausforderung für die Entwicklung in den kommenden 20 bis 30 Jahren. Die zunehmenden Bemühungen der Europäischen Union um den Klimaschutz setzen die Mitgliedstaaten stark unter Druck, die handfeste Erfolge auf dem Weg zur Klimaneutralität vorweisen müssen. Während Deutschland seine Energiewende-Strategie konsequent umsetzt und die tschechische Klima- und Energiepolitik immer stimmiger mit der EU-Politik wird, verzögert Polen die Schaffung und Umsetzung eines einheitlichen Weges für eine Abkehr von fossilen Brennstoffen im Energiesektor.

Diese transnationalen und nationalen Trends beeinflussen die Situation auf regionaler und lokaler Ebene in direkter Weise – insbesondere an der Grenze der drei Länder. Die jahrzehntelange erfolgreiche Zusammenarbeit (zum Beispiel

innerhalb der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa) bietet eine solide Grundlage für gemeinsame Projekte, die durch den Beitritt von Polen und Tschechien zur Europäischen Union im Jahr 2004 zusätzlich gestärkt wurden. Eine faire Energiewende stellt jedoch eine völlig neue und komplexe Herausforderung dar.

Das Erbe der Kohle, eine sauberere Zukunft und der mühsame Weg dorthin

Die Region, in der drei Länder aufeinander treffen (Polen, Tschechien und Deutschland), die früher aufgrund schwerwiegender Probleme mit der Verschmutzung durch Industrieanlagen in allen drei Ländern als „Schwarzes Dreieck“ bezeichnet wurde, wird seit 1989 schrittweise saniert. Die enormen Fortschritte auf dem Gebiet der Industrietechnik, die höheren behördlichen Auflagen und die Entwicklung alternativer Wirtschaftszweige (z. B. Tourismus) haben es ermöglicht, die früher entstandenen Schäden teilweise zu beheben. Einige ernsthafte Herausforderungen warten jedoch immer noch auf Lösungen.

Der Tagebau Turów im Gebiet der Gemeinde Bogatynia, Niederschlesien, Polen



Quelle: JanBeZiemi / Shutterstock.com

Auf der polnischen Seite der Grenze wird die Diskussion über die Energiewende vom Braunkohlentagebau Turów und dem von hier mit Kohle versorgten benachbarten Kraftwerk dominiert. Der Tagebau und das Kraftwerk beschäftigen direkt

rund 4.000 Mitarbeiter. Die Steuereinnahmen durch den Bergbau machen die Gemeinde Bogatynia (*ehem. Reichenau in Sachsen*), in der sich das Bergwerk befindet, zu einer der reichsten in Polen. Das Kraftwerk Turów versorgt 2 Millionen Haushalte mit Strom, und wenn der neue, fast fertig gestellte Kraftwerksblock in Betrieb geht, wird sich diese Zahl auf 3 Millionen erhöhen.

Das enorme Ausmaß des Kohleabbaus hat Einfluss auf die gesamte Region und wirkt über die Landesgrenzen hinaus. Die Mondlandschaft im Tagebau, die bergbaubedingte Bodenschädigung und der schlechte Ruf aufgrund der Umweltschäden und Umweltverschmutzung erschweren die Entwicklung anderer Branchen wie Öko-Landwirtschaft und Tourismus. Der Tagebau wirkt sich nachteilig auf die Wasservorräte aus, so dass Tausenden von Menschen in Polen, Tschechien und Deutschland droht, den Zugang zum Wasser zu verlieren. Streitigkeiten rund um das Kraftwerk sind daher unvermeidlich.

Heute ist die Zukunft des Kraftwerks und des Kohlebergwerks in Turów ein brisantes Thema. Die Polska Grupa Energetyczna (*Polnische Energiegruppe* - PGE), die den Komplex betreibt, erhielt die Genehmigung, die Stromerzeugung bis 2026 fortzusetzen. Die offiziellen Pläne des Unternehmens gehen davon aus, dass das Bergwerk bis 2044 in Betrieb bleibt – ein Datum, das sich allerdings nur schwer vorstellen lässt. Einerseits scheint die Verwendung von emissionsreicher Braunkohle angesichts des Ziels der Klimaneutralität im Jahr 2050 nicht tragbar zu sein, andererseits werden die steigenden Kosten für Kohleenergie früher oder später den in Turów erzeugten Strom inakzeptabel teuer machen. Leider scheint der aktiv von der Regierung unterstützte Riese dies nicht akzeptieren zu wollen.

Zugleich stößt der Betrieb des Kraftwerks in Turów von vielen Seiten auf wachsenden Widerstand. Im Juni 2020 empfahl die tschechische Umweltschutzkommission, gegen Polen Klage wegen Gesetzesverstößen bei der Erteilung der Genehmigung für den weiteren Betrieb von Turów zu erheben⁴. Im Juli hielt der Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments eine Anhörung zu einer von 13.000 Personen unterzeichneten Petition gegen den weiteren Kohleabbau ab. Im August gab es eine große internationale Demonstration von Aktivisten aus Polen, Tschechien und Deutschland gegen den Ausbau des Bergwerks⁵. Schließlich beantragte die tschechische Regierung Ende September bei der Europäischen Kom-

⁴ <https://wroclaw.wyborcza.pl/wroclaw/7,35771,26087904,czechy-coraz-blizej-pozwania-polskiego-rzadu-do-trybuna-lu-sprawiedliwosci.html>

⁵ <https://www.rmf24.pl/raporty/raport-kryzys-klimatyczny/energia/news-nie-chca-dalszej-dzialalnosci-kopalni-turow-protest-u-zbiegu.nld.4700834>

mission ein Verfahren gegen Polen⁶ und machte geltend, Polen habe zahlreiche Verstöße gegen das EU-Recht begangen, indem es der Fortsetzung des Kohleabbaus zugestimmt habe. Weitere hitzige Streitigkeiten sind mehr als wahrscheinlich: Die Jobs und das Wohlergehen von Tausenden von Menschen hängen vom Tagebaubetrieb ab, und das Fehlen einer tragfähigen Strategie für einen fairen Übergang bedeutet, dass viele hiesige Bewohner oder Gewerkschaftsvertreter eine maximale Verlängerung des Abbaus fordern werden.

Regionale Zusammenarbeit – ein Ausweg aus der Klemme?

Trotz des fehlenden Willens der polnischen Regierung, diese Tatsachen zu akzeptieren, ist das Ende der Kohle im polnischen und europäischen Energiemix unvermeidlich. Eine Fortsetzung des Betriebs in Turów bis 2044 erscheint höchst unwahrscheinlich. In der gesamten Region, die jetzt stark von den Einnahmen aus dem Bergbau abhängig ist, wird sich eine faire Umstrukturierung vollziehen müssen, um einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu vermeiden. Allein eine grenzübergreifende Zusammenarbeit kann der Schlüssel zum Erfolg sein.

Die Grenzgebiete, die seit Jahren wahre Labore für die europäische Integration sind, können zu wichtigen Akteuren bei der Energiewende werden und haben sich häufig bereits die Möglichkeiten zunutze gemacht, die die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen bieten. Das tschechisch-deutsch-polnische Grenzland ist in dieser Hinsicht nichts Außergewöhnliches.

Die örtlichen Behörden sollten so bald wie möglich auf die Erfahrungen anderer Regionen zurückgreifen, die sich bereits in der Nachkohlezeit befinden, und die Erfahrungen postindustrieller Grenzregionen nutzen. Der Moment, sich auf eine faire Energiewende vorzubereiten, ist gekommen. Es ist unmöglich, in letzter Minute gute Pläne zu entwickeln und umzusetzen, denn ein solcher Prozess dauert oft Jahrzehnte. Es kann hilfreich sein, das Know-how von Experten und Wissenschaftlern aus den drei Ländern vor Ort zu nutzen, um das Ausmaß der erforderlichen Umstrukturierung genau und mit spezifischen Daten zu bewerten, die verfügbaren Optionen besser zu erkunden und die Region vor plötzlichen Schäden zu schützen, die durch eine übereilte Schließung von Bergwerken und Stilllegung von Kraftwerken entstehen können.

⁶ https://www.mzp.cz/cz/news_20200930-Kauza-Turow-CR-je-presvedcena-ze-doslo-k-poruseni-unijniho-prava-Poslala-podnet-k-EK

Aufgrund seiner systemischen Vernachlässigung der Energiewirtschaft erhöht Polen rasch die Stromimporte aus Deutschland und Tschechien. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen. Gleichzeitig verzeichnet die Region einen Anstieg an installierten Kapazitäten aus erneuerbaren Energiequellen. Die lokalen und regionalen Behörden würden von einer Entwicklung der Übertragungsinfrastruktur und einer stärkeren Netzintegration profitieren. Durch den Aufbau intelligenter grenzüberschreitender Energienetze wird es viel einfacher, für eine stabile Belieferung mit kostengünstiger und sauberer Energie zu sorgen. Die von Natur aus verstreuten erneuerbaren Energiequellen benötigen lokale Verbindungen, und durch gemeinsames Handeln können die lokalen Behörden ineffektiven Kapitaleinsatz in überdimensionierte oder wenig effiziente Investitionen beschränken.

Die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit gehen jedoch weit über den Aufbau von Wissen und das gemeinsame Ausüben von Druck auf höhere Regierungsebenen hinaus. Lokale Behörden und Unternehmen können gemeinsam einheitliche, von Staatsgrenzen unabhängige Energie- und Klimastrategien entwickeln. Das Schaffen gemeinsamer Rahmenbedingungen, die die Region als ein physisch, sozial und wirtschaftlich verbundenes Ganzes sehen, kann Investitionen unterstützen und zur Umsetzung kostengünstigerer, effizienterer Energieprojekte führen, die ansonsten mit den verfügbaren Ressourcen nicht umgesetzt werden könnten.

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit ist letztendlich ein Faktor, der den Zugang zu Mitteln erleichtert. Gemeinsame regionale Projekte, an denen Teilnehmer und Interessenvertreter aus vielen Ländern beteiligt sind, haben größere Chancen, Finanzmittel zu erhalten oder sie zu besseren Konditionen zu bekommen.

Grenzübergreifende Zusammenarbeit kann auch die Finanzierung von Energieerzeugungsprojekten erleichtern. Angesichts der Bedeutung der Unterstützung solcher Initiativen wird es möglich, zu besseren Bedingungen an neue Finanzierungsquellen zu gelangen (unabhängig davon, ob es sich um EU-Zuschüsse oder andere Fördermittel handelt). Das grenzübergreifende Kooperationsprogramm (Interreg) des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, Branchenprogramme und spezielle Finanzierungsmechanismen wie Horizont 2020 (Innovationsfonds), Connecting Europe Facility (CEF – Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur), Europäischer Energieeffizienzfonds (EEEF) oder der Investitionsplan für Europa – der sogenannte „Juncker-Plan“ – sind alle für gemeinsame Initiativen offen und können Investitionen in die Energiewende unterstützen.

Fazit

Eine enge regionale und grenzübergreifende Zusammenarbeit im Bereich Energieversorgung kann der Antrieb für eine schnelle und wirksame Energiewende und den Aufbau einer emissionsfreien Wirtschaft sein. Obgleich die Umsetzung grenzübergreifender Projekte (trotz zunehmender Harmonisierung innerhalb der EU) neue technische, ökologische, rechtliche und steuerliche Herausforderungen mit sich bringt, sind die möglichen Vorteile enorm.

Die aktuelle politische Lage in Polen und das chaotische Herangehen der Regierung an die Klimapolitik hemmen den Fortschritt und verlangsamen ihn. Die Trends sind jedoch unaufhaltsam und je früher die Region, die einst als das Schwarze Dreieck bekannt war, in Einklang mit diesen Trends den Prozess der fairen Umwandlung in ein Grünes Dreieck beginnt, desto besser für die Bewohner der Region. Als wirtschaftlich, sozial und ökologisch vernetzte Einheit kann die ganze Region von den Möglichkeiten der Energiewende profitieren – auch wenn auf landesweiter Ebene schwerlich mit Unterstützung zu rechnen ist. Ein gemeinsames Handeln von Interessensvertretern aus Polen, Tschechien und Deutschland liegt im besten Interesse aller, denen an einer guten Zukunft dieses Gebiets gelegen ist.

Dreiländereck Tschechien – Deutschland – Polen



Quelle: mitifoto / Shutterstock.com

Über die Autoren



Ing. Václav Hrabák

arbeitete ab 1972 im Stahlwerk Poldi in Kladno im Betriebsteil Energiewirtschaft in verschiedenen leitenden Funktionen. 1993 gründete er eine in der Energiewirtschaft tätige Firma, an deren Spitze er bis heute steht. Er ist langjähriger Vorsitzender der Energiewirtschaftssektion der tschechischen Wirtschaftskammer und aufgrund dieser Tätigkeit ist er Mitglied mehrerer Arbeitsgruppen, die sich vor allem mit der der Vorbereitung von Gesetzen zur Energiewirtschaft befassen.



Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann MdB

wurde 1956 in Vetschau geboren, hat Maschinenbau an der Technischen Universität Dresden studiert und wurde 1988 an der Ingenieurhochschule in Cottbus promoviert. 1999 folgte er dem Ruf der Hochschule Magdeburg-Stendal als Professor für Technische Gebäudeausrüstung. 2007–2009 gehörte er der Arbeitsgruppe Klimawandel des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt an. Professor Neumann war von 2009 bis 2013 Mitglied des 17. Deutschen Bundestages und ist seit 2017 als Sprecher für Energiepolitik erneut liberales Parlamentsmitglied.



Marek Szolc

ist Rechtsanwalt, Berater in der öffentlichen Politik und Experte für nachhaltige Entwicklung. Er arbeitete als Anwalt für ClientEarth, eine führende internationale Umweltschutzorganisation, sowie als Berater im polnischen Sejm bei einer der Parlamentsfraktionen. Er unterstützte den Warschauer Smog-Alarm. Ab 2018 Stadtrat der Hauptstadt Warschau, Vorsitzender des Umweltschutzausschusses des Warschauer Umweltschutzrates, Mitglied des Überwachungsteams des Warschauer Klimarates. In seiner Arbeit konzentriert er sich auf die Unterstützung der Energiewende und die Förderung einer fortschrittlichen Stadtpolitik.

Nützliche Links

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
www.freiheit.org

Institute for Politics and Society
www.politikaspolecnost.cz

Landestourismusverband Sachsen e.V.
www.ltv-sachsen.de

Nowoczesna
www.nowoczesna.org

Wilhelm-Külz-Stiftung
www.kuelz-stiftung.de

